

Gedruckt mit Unterstützung der Grünen Bildungswerkstatt Österreich.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Neoliberalismus – Militarismus – Rechtsextremismus :
die Gewalt des Zusammenhangs / Elmar Altvater
- Wien : Promedia 2001
ISBN 3-85371-168-5

© Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H. Wien
Alle Rechte vorbehalten
Lektorat: Karin Fischer, Sabine Kruse
Gestaltung: Peter R. Horn
Umschlag: Gisela Scheubmayr
Druck: Manz Crossmedia GmbH & Co KG, Wien
Printed in Austria
ISBN 3-85371-168-5

INHALT

Vorwort	7
<i>Elmar Altvater</i>	
Das Öl in Baku, eine Botschaft aus der H-Street und Bratwürste im Gugelhof. Zum Zusammenhang von Energiediagramm, Finanzregime und Politik	11
<i>Claudia von Werlhof</i>	
Globale Kriegswirtschaft versus „Earth Democracy“. Wo steht Österreich?	33
<i>Johan Galtung</i>	
Die Welt in der Krise	53
<i>Birgit Mahnkopf</i>	
Gerecht ist, was effizient macht oder: Die Entdeckung produktionsorientierter Ungleichheit durch die neue Sozialdemokratie	85
<i>Wolfgang Sachs</i>	
Wie zukunftsfähig ist Globalisierung? Streitfelder im Globalisierungsprozess	113
<i>Mascha Madörin</i>	
Zur Verknüpfung von Kapitalismus und Männerherrschaft	125
AutorInnen	143

te ist es viel schwieriger geworden, eindeutig die Opfer zu finden und eindeutig Täter zu identifizieren. In unseren Wohlstandsgesellschaften zieht sich die Trennung zwischen Täter und Opfer tendenziell durch jede Person. Natürlich kann man der Globalisierung für Massenarmut und Vernichtung die Schuld zuweisen; wahrscheinlicher ist jedoch die Annahme, dass die Globalisierung Grundtendenzen akzentuiert, beschleunigt und vertieft.

Wenn wir dieser Behauptung Plausibilität zuerkennen, dann stellt sich die Frage nach den Eingriffspunkten komplexer. Analyse und politische Mobilisierung auf einem Appell aufzubauen, der vom Opfer kommt, – also darauf zu setzen, Opfer zu identifizieren und das Opferbild möglichst deutlich und mit großer Eloquenz in das Bewusstsein der Zeitgenossen zu rücken – wird immer unfruchtbarer. Die Menschen reagieren darauf nicht allzu eifrig. Vielversprechender ist es, bei den häufig verschütteten, verborgenen und verdrängten persönlichen Interessen anzusetzen und auf diese Weise zu versuchen, die inneren Widersprüche aufzudecken. Dafür muss eine Argumentation und Rhetorik entwickelt werden.

Es mag wohl sein, dass Auseinandersetzung, Konflikt und Widerstand von den verschiedensten Großgruppen der Marginalisierten kommen. Manche orten dort ein besonderes revolutionäres Potenzial. Meine Analyse geht allerdings davon aus, die Welt nicht zwischen Nord und Süd, sondern zwischen einer konsumintensiven globalen Mittelklasse und der restlichen Mehrheitswelt gespalten zu sehen. Es kommt also vielmehr darauf an, wie sich innerhalb dieser globalen Mittelklasse die verschiedensten Formen von Dissidenz entwickeln.

Ob dies gelingt, hängt davon ab, inwiefern die Menschen in der Lage sind, das eigene Konsum-, Wohlstands- und Machtmodell von innen her in Frage zu stellen.

Mascha Madörin

Zur Verknüpfung von Kapitalismus und Männerherrschaft

Linke Weltsystemtheoretiker wie Samir Amin, André Gunder Frank und Immanuel Wallerstein versuchen seit langem, die im Rahmen der Globalisierung stattfindenden internationalen Umwälzungen zu analysieren. Sie konstatieren dabei ein Auseinanderdriften von nationaler Akkumulation und Akkumulation auf Weltmarktebene und thematisieren in diesem Zusammenhang auch die Frage des Staatsabbaus, der ja, wie auch Birgit Mahnkopf in ihrem Beitrag herausgearbeitet hat, eine der zentralen Fragen für die Sozialdemokratie in Europa darstellt. Weiters diskutieren die Weltsystemtheoretiker das Verschwinden der Arbeiterklasse, die Reorganisation der Erwerbsarbeitsgesellschaft und die damit verbundene Aufweichung von linken Institutionen, die durch die Arbeiterbewegung gegründet wurden. Und schließlich sprechen sie von der „silent revolution“, von der unsichtbaren, stillen Revolution in den Geschlechterverhältnissen. Worin diese stille Revolution denn eigentlich besteht, darüber geben sie allerdings keine Auskunft.

Diese „Stille“ nehme ich den linken Weltinterpreten sehr übel. Isabella Bakker, eine kanadische Ökonomin, spricht in diesem Zusammenhang von einem strategischen, konzeptionellen Schweigen. Was nicht heißt, dass es in der Tat nicht zugleich noch sehr viel analytische Arbeit braucht, um weiterzukommen. Ich möchte deshalb das konzeptionelle Schweigen brechen und auf eine zentrale ökonomische Kategorie zu sprechen kommen: die „Care Economy“.

Im Jahr 2000 fand ein Weltmarsch der Frauen statt. Die Frauen marschierten gegen Armut und Gewalt, gegen Neoliberalismus und Patriarchat. In der Folge fand bei einer ATTAC-Konferenz in Genf anlässlich der Nachfolgekonzferenz des UNO-Sozialgipfels ein Workshop des Weltmarsches statt. Dort habe ich die Frage gestellt, war-

um die Diskussionen nicht wie früher unter dem Titel „gegen Kapitalismus“, sondern unter dem Titel „gegen Neoliberalismus und Patriarchat“ stehen. Soll damit suggeriert werden, dass es im Neoliberalismus tatsächlich wesentliche Änderungen gegenüber dem Kapitalismus gibt, die neue Fragen aufwerfen? Und: Ist das Patriarchat immer dasselbe Patriarchat? Ich meine, nein. Ich denke, dass mit dem neoliberalen Umbau der Gesellschaft auch die Geschlechterverhältnisse eine Veränderung erfahren haben.

Dies gilt es genauer zu analysieren. Dafür halte ich den Vorschlag der US-amerikanischen feministischen Philosophin Ann Ferguson für eine produktive Diskussionsgrundlage. Ferguson unterscheidet zwischen der Art und Weise, Güter und Dienstleistungen zu produzieren und der Art und Weise, sexuelle und affektive Beziehungsverhältnisse zu produzieren. In beiden Fällen spricht sie aber von Produktion und von Produktionsverhältnissen. Jede Gesellschaft hat ein nach Geschlechtern/Sexualität (sex/gender) geordnetes System, das eine bestimmte Produktion von Dingen und Dienstleistungen als kulturell besonders akzeptabel für Männer, Frauen oder Personen mit „anderen Geschlechtern“ definiert. Dieses „Sex/Gender“-System ist auch beim Aufziehen von Kindern, in der Sexualität und bei der Hervorbringung sozialer Beziehungen und Regelung zwischenmenschlicher Affekte grundlegend.

Was laut Ferguson ihre eigenen Konzeptionen von anderen radikalfeministischen Denkweisen unterscheidet, ist die Annahme, dass dieses – wie sie es nennt – sexaffektive Produktionssystem je nach Gesellschaft und geschichtlicher Phase unterschiedlich organisiert ist. Es kann an unterschiedlichen sozialen Orten der Gesellschaft situiert sein, und es kann an unterschiedlichen sozialen Orten der Gesellschaft reproduziert werden, beispielsweise in der Familie oder heutzutage vielleicht sogar an der Börse. Dieses System wird laut Ferguson sowohl im Wirtschaftssektor als auch im so genannten privaten Sektor produziert.

In ihrem Buch *Blood at the Root* (1989) erarbeitet sie für die Ära des Kapitalismus drei Phasen von Männerdominanz: das Vaterpatriarchat der Großfamilien, das Ehepatriarchat und das öffentli-

che Patriarchat, in dem der Staat eine zentrale Rolle spielt. Wie immer man diese Dreiteilung bewerten mag, hilfreich erscheint mir die analytische Herangehensweise: Das Soziale, unsere Beziehungsweisen, das, was wir begehrenswert finden, wie wir unsere Körper ansehen, wird an beiden Orten, sowohl im so genannten Privaten als auch im so genannten öffentlichen Bereich, der Wirtschaft, produziert. Gerade heute, in der Zeit des konsequenten Umbaus der Gesellschaft, der unter dem Stichwort Neoliberalismus stattfindet, entstehen damit neue Männerdominanzstrukturen.

In der feministischen Theorie gibt es zwei theoretische Ansätze, die von der Geschlechterdifferenz ausgehen. Der eine stellt Ausbeutung, Sozialisierung und Lebenserfahrung in den Mittelpunkt der Betrachtung; hier knüpfen auch die Subsistenztheoretikerinnen, wie Claudia von Werlhof oder Veronika Bennholdt-Thomsen, an. Der zweite, den ich Differenztheorie nennen würde, führt eine Debatte über das Begehren und die Lust des Körpers und stützt sich stark auf die hegemonialen Diskurse und die symbolische Ordnung. Meine These lautet nun, dass die heutige Macht der Diskurse sehr viel mit der Entwicklung des Geldsektors zu tun hat. Auch die semantische Politik – denken wir nur an die Macht der Medien – kann nur durchgeführt werden, weil es riesige Geldmengen im Finanzsektor gibt, mit denen dann auch die semantische Politik, die Ideologie, gekauft werden kann. Michel Foucault, der meine Arbeiten über Neoliberalismus sehr beeinflusst hat, sagt, wir wüssten zwar viel über Ausbeutung, aber wenig über Macht. Und Macht hat mit Hegemonie zu tun und mit Überzeugung. Überzeugung wiederum fußt auf Körperlichkeit.

Claudia von Werlhof schreibt in ihrem Beitrag von der mentalen Kolonialisierung des Menschen in einer globalisierten Welt. Auf dieser Basis versucht sie auch, die Rolle von Jörg Haider in einer mediatisierten Welt zu analysieren. In diesem Zusammenhang ist es sehr hilfreich zu unterscheiden, was Leute tun und welche Werte ihrem Tun zugrunde liegen. Wenn der deutsche Außenminister Joschka Fischer im Namen der Menschenrechte für den Krieg der NATO gegen Serbien eintritt, dann ruft er all jene Leute an, die für

Menschenrechte sind. Haider hingegen macht seine Politik auf der Basis reaktionärer Assoziationen. Schon deshalb können Haider und Fischer, auch wenn sie in einigen Fragen zu ähnlichen Resultaten kommen mögen, nicht miteinander verglichen werden. In der Hegemonialpolitik geht es immer auch darum zu fragen: Was wird angerufen, wie wird geredet, was wird behauptet? Deshalb finde ich den Beitrag von Birgit Mahnkopf hoch interessant, obwohl mir darin der Aspekt der Geschlechterverhältnisse fehlt, denn nirgends spielen die Geschlechterverhältnisse eine so zentrale Rolle wie im öffentlichen Diskurs und in der semantischen Politik. Gerade dort werden Körperlichkeit und Körperphantasien angerufen. Das ist der Kern der feministischen Diskursanalyse, die mit einer wirtschaftspolitischen Analyse verbunden werden muss. Ich habe versucht, das in Bezug auf den Finanzsektor zu machen, der in unserer Kultur völlig von Männern dominiert ist. Jörg Haider oder Tony Blair könnten, so wie sie aussehen und auftreten, so wie sie ihren gesellschaftlichen Code vorleben, genauso gut Börsenmakler sein.

Nehmen wir uns einmal die Finanzmärkte vor mit ihren Diktatorengeldern, der Geldwäscherei und der Steuerhinterziehung. Der bekannte Politiker und Wirtschaftsjournalist Jean Ziegler, den ich ansonsten sehr schätze, bezieht in Bezug auf Geldwäscherei eine stockreaktionäre Position, weil er die US-Politik des Krieges gegen die Drogen – und damit gegen die Geldwäscherei – fast eins zu eins übernimmt. Dem Staat kommt darin eine Polizeifunktion zu, das Gewaltmonopol und der Kampf gegen das Böse – ein Kampf, bei dem Männeraugen immer zu leuchten beginnen. Die Bekämpfung der Katastrophen ist dieser Position nach Männersache, während das Soziale Frauensache ist. Es gibt eine interessante Unterscheidung, die auch im Artikel von Elmar Altvater zitiert wird: die Unterscheidung zwischen guten öffentlichen Gütern und solchen, die der Bekämpfung des Bösen dienen (public goods und public bads). So gesehen ist es nicht verwunderlich, wenn die Krise des Nationalstaates unversehens zur Krise des Sozialstaates wird. Wenn Männer traditionsgemäß für den Schutz vor dem Bösen zuständig sind, etwas, das sehr viel mit Gewalt zu tun hat, ist es zur Gewalttä-

tigkeit des Neoliberalismus nicht mehr weit. Auch Begriffe wie Frieden, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, soziale Verantwortung unterliegen einer Bedeutungsverschiebung. Diese Verschiebung bildet, wie Birgit Mahnkopf beschreibt, die Grundlage für den „Dritten Weg“ der SPD.

„Care Economy“: Ökonomie des Sorgens und Pflegens

Globalisierung kann nicht analysiert werden, ohne gleichzeitig über primitive oder ursprüngliche Akkumulation zu reden. Meiner Ansicht nach findet ein gewaltiger Ressourcentransfer aus dem unbezahlten in den bezahlten Wirtschaftssektor statt. Dies äußert sich in der gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeit, die zur Produktion aufgewendet wird. Hier setzt die feministische Makro- und Mesoökonomiedebatte an. Die Mesoökonomie befasst sich mit Fragen der Arbeitsmärkte, Staatsbudgets oder Wirtschaftsbranchen, während sich die Makroökonomie auf einer allgemeineren Ebene mit Wirtschaftsfragen wie Zinsniveau, Geld- und Warenflüssen, Budgetdefiziten und Zahlungsbilanzpolitik auseinandersetzt. Neu an der heutigen feministischen Ökonomiedebatte ist, dass zunehmend theoretische Debatten über die Makroökonomie stattfinden. Hintergrund dafür sind die Diskussionen in Frauennetzwerken infolge ihrer Erfahrungen mit der Strukturanpassungspolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie der neoliberalen Politik im Süden, der so genannten „Dritten Welt“. Es geht also um einen Theorie- und Politikbereich, in dem normalerweise fast ausschließlich Männer etwas zu sagen haben. Gerade in diesem Bereich werden jetzt von Ökonominen ganz neue Fragen aufgeworfen.

Und das neue Konzept in der internationalen makroökonomischen Debatte heißt „Care Economy“. Im Unterschied zur Diskussion der Bielefelderinnen rund um die Subsistenzproduktion wird bei der „Care Economy“ die Ökonomie der Sorge, Fürsorge und Versorgung von Menschen nicht bloß als unbezahlte Arbeit gedacht, sondern als eine, die zunehmend auch im bezahlten staatlichen und pri-

vaten Sektor Platz greift. Dies passiert beispielsweise im Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesen. Ob unbezahlt oder bezahlt, es sind vor allem Frauen, die in dieser „Care Economy“ tätig sind. Verschiebungen in der „Fürsorgeökonomie“, seien es nun der Abbau von staatlichen Sozialleistungen oder die Zunahme privatwirtschaftlicher Haushaltsdienstleistungen, betreffen vor allem Frauen. Es geht dabei jedoch nicht „nur“ um Frauen, sondern um die Wohlfahrt ganzer Gesellschaften. „Care Economy“ macht einen wesentlichen Teil des Lebensstandards unserer Gesellschaften aus. Dieses Konzept bestimmt nicht nur die Alternativdebatte, sondern es ist auch zum Verständnis der modernen ökonomischen Mechanismen wichtig. Nur mit Hilfe der Auseinandersetzung um die „Care Economy“ ist die ökonomische Dynamik zu verstehen, die in technisch entwickelten Volkswirtschaften das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes und die Entwicklung des Lebensstandards auseinander driften lässt. Meines Wissens wurde bisher der Zusammenhang zwischen Globalisierung und Akkumulationskrise aus dieser Perspektive noch nie systematisch analysiert.

Aus der Sicht einer feministischen Theorie der Ökonomie gibt es zwei große Wirtschaftssektoren:

Da ist einerseits der unbezahlte Sektor, zu dem die Arbeit im Haushalt und die freiwillige ehrenamtliche Arbeit zu zählen sind. Auf der anderen Seite steht der Erwerbssektor. In der Schweiz werden zum Beispiel mehr als 90 Prozent der unbezahlten Arbeitszeit in Haushalten geleistet und weniger als zehn Prozent in der Nachbarschaftshilfe und in persönlichen Beziehungsnetzen außerhalb des Haushaltes (das beinhaltet in der Regel die so genannte freiwillige und ehrenamtliche Arbeit im Rahmen von zivilgesellschaftlichen Organisationen). Die unbezahlte politische Arbeit von Interessensverbänden und Parteien – eine wichtige Voraussetzung von Demokratie – macht laut schweizerischen Erhebungen schätzungsweise weniger als zwei Prozent der unbezahlten Tätigkeiten aus. Von der Zeitökonomie ausgehend, und das ist die Ökonomie, welche die Menschen sehr stark beschäftigt, ist der unbezahlte Sektor so groß, wenn nicht größer, wie der ganze Erwerbssektor inklusive Staat und

Privatwirtschaft. Das ist der Ausgangspunkt jeder feministischen makroökonomischen Debatte. Aus gutem Grund: Denn Frauen verbringen etwa zwei Drittel ihrer Arbeitszeit in unbezahlten Sektoren und ein Drittel im Erwerbssektor. Bei Männern ist es genau umgekehrt.

Wenn wir im Zusammenhang mit unbezahlter Arbeit von Reproduktion sprechen, übernehmen wir den Blick der Kapitalisten. Die Produktion im so genannten Privaten ist dazu da, uns ein angenehmes Leben zu ermöglichen, gut essen zu können und unsere Kinder aufzuziehen. All die Arbeit, die mit dieser „privaten Produktion“ verbunden ist, nennen die Kapitalisten Reproduktion, weil sie nur diese „reproduzierten“ Menschen für den Arbeitsprozess gebrauchen können. Wenn diese Arbeit im Rahmen des Staates bezahlt getan wird, dann handelt es sich aus der Sicht der Kapitalisten um soziale Kosten und nicht um Produktionskosten sozialer Wohlfahrt.

Aus der Sicht jeder alternativen Ökonomie muss von der Wohlfahrt der Menschen und von ökologischer Nachhaltigkeit ausgegangen werden. Ein riesiger Teil des Wohlstands und des Lebensstandards wird im unbezahlten und nicht im bezahlten Sektor produziert, allerdings zunehmend – und das ist eine große Veränderung – jetzt auch im bezahlten Sektor. Der Produktionsbegriff, die Koppelung von Leistung und Einkommen gilt – wenn überhaupt – nur für den Erwerbssektor. Aus Sicht der Frauen ist die Koppelung von Arbeit und Einkommen immer eine Lebenslüge der Männer gewesen. Warum und unter welchen Umständen sollen wir etwas Derartiges verteidigen?

In Bezug auf Umverteilungsmodelle von Arbeit und Einkommen, also von bezahlter und unbezahlter Arbeit und Einkommen, besteht nach wie vor eine riesige Lücke in der Analyse, die dringend geschlossen werden müsste. Über die Denkmodelle eines Grundeinkommens und die Umverteilung der Erwerbsarbeit gibt es immer noch heftige Debatten. Es gab kürzlich in der Schweiz eine Arbeitszeitanalyse für 1997 unter Einbeziehung der unbezahlten Arbeit, inklusive einer Bewertung. Wenn man zu marktüblichen Löhnen bezahlen müsste, was allein Frauen leisten, wenn sie unbezahlt Mahl-

zeiten zubereiten, das Geschirr waschen und den Tisch decken, entspräche dies einer Wertschöpfung, die größer ist als diejenige des gesamten Finanzsektors in der Schweiz. Und dieser ist in der Schweiz sehr groß, so groß wie in keinem der Nachbarländer der Schweiz.

Es gibt eine von mir errechnete Fraueneinkommenslücke, nämlich was den Frauen Diskriminierung und ungleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt kosten. Bei den Arbeitsstunden, die Frauen – ich stütze mich auf die Zahlen aus dem Jahr 1997 – auf dem Erwerbsarbeitsmarkt leisten, sind das pro Jahr laut einer Schätzung Einkommen in der Höhe von 20 bis 25 Milliarden Schweizer Franken. Das Bruttoinlandsprodukt liegt bei 370 Milliarden Schweizer Franken. Was Männer und Frauen an unbezahlter Arbeit leisten, entspricht knapp 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, also 215 Milliarden Schweizer Franken. Schon allein das, was Frauen im unbezahlten Sektor verglichen mit Männern an Mehrarbeit leisten, würde knapp 60 Milliarden Schweizer Franken ausmachen. Ökonomisch gesehen bedeutet das für Frauen eine Einkommenslücke von jährlich 80 bis 90 Milliarden Schweizer Franken. Das, was Frauen im Unterschied zu Männern tun, ohne bezahlt oder gleich bezahlt zu sein, entspricht 20 bis 25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Mit dieser Rechnung müssen wir auftreten, mit der Leistung der Frauen für die Wohlfahrt einer Gesellschaft. Und dann ist die Frage zu stellen: Was leistet der Staat, was wird überhaupt *für* die Frauen geleistet?

Frauen sind hauptsächlich für die soziale Wohlfahrt zuständig, sowohl im bezahlten als auch im unbezahlten Sektor. Deshalb hat die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht die gleichen Auswirkungen auf Männer und Frauen. Frauen gehen heute zunehmend einer Erwerbsarbeit nach. Einerseits tun sie das freiwillig, andererseits notgedrungen, weil sie wegen sinkender Realeinkommen in den Haushalten etwas dazuverdienen müssen. Das Auseinanderdriften der Löhne und der überproportional starke Anteil an niedrigen, zum Teil sinkenden Einkommen halten Frauen, um das Einkommen des gesamten Haushalts zu sichern, im Erwerbsektor. Gleichzeitig werden aber dadurch die ökonomischen Ressourcen aus

den Haushalten abgezogen. Frauen haben weniger Freizeit und zunehmend weniger Zeit für den Haushalt. Der Sozialstaat zieht sich zurück. Der Abbau der Sozialversicherung bedeutet nichts anderes, als dass die Rolle der Frauen als letzte Zuflucht, also ihre Lazarettrolle, wieder an ökonomischer Bedeutung gewinnt. Es gibt also eine Mehrdeutigkeit des Begriffs „Feminisierung der Armut“. Der Abbau des Sozialstaates trifft Frauen einerseits als Arbeitende in der „Care Economy“, trifft sie als Erwerbstätige und letztlich als für andere Zuständige. Zugleich sind sie betroffen, weil sie stärker als Männer auf den Sozialstaat angewiesen sind, weil ihre Geldeinkommen bedeutend kleiner sind als diejenigen der Männer. Die Feminisierung der Armut nimmt zu. Der Abzug ökonomischer Ressourcen aus der „Care Economy“ trifft Frauen wegen der sozialen Arbeitsteilung anders und stärker als Männer. Neue Untersuchungen in den USA haben gezeigt, dass Frauen durchschnittlich während 16 Jahren ihres Lebens für Kinder und Jugendliche und während 17 Jahren für die Unterstützung erwachsener Angehöriger verantwortlich sind. Das bedeutet ökonomisch gesehen eine große Last.

Das Konzept der „Care Economy“ beinhaltet eine radikale Hinterfragung des Homo oeconomicus und seines Verhältnisses zur Welt. Über dieses Subjekt-Objekt-Verhältnis gibt das Buch der verstorbenen feministischen Ökonomin und Gewerkschafterin Christl Neusüß Auskunft. Sie hat sich darin intensiv mit dem marxistischen und bis heute in der Linken dominanten Arbeitsbegriff befasst, der von den Arbeitserfahrungen der industriellen Revolution geprägt ist: mit der Produktion von Dingen. Nur ein kleiner Teil unserer Tätigkeiten kann wirklich standardisiert und damit durch technische Entwicklung und Arbeitsteilung produktiver gestaltet werden, was auch von den Subsistenzökonominnen immer hervorgehoben wird. Im Rahmen des New Public Managements wird nun versucht, staatliche persönliche Dienstleistungen zwecks Kosteneinsparung und Rationalisierung zu reorganisieren. Es kommt zu einer Reorganisation der persönlichen Dienstleistungen, in denen Frauen große Arbeitserfahrung aufweisen, die jedoch kaum in die Debatten um die Reorganisation von Spitälern einfließt. Zürcher Krankenschwestern ha-

ben im Frühjahr 2000 mit einer eindrucksvollen Demonstration darauf aufmerksam gemacht, auf welche Art und Weise ihre Arbeit jetzt organisiert wird. Geld wird gespart, indem das so genannte weibliche Arbeitsvermögen, die Pflegekompetenz der Frauen, aufgeschlüsselt wird: Die gut ausgebildeten Krankenschwestern müssen die Krankheit behandeln und die schlechter bezahlten Angestellten, welche die Hoteldienste im Spital machen, müssen die Beziehungsarbeit übernehmen, weil ihre Lohnkosten geringer sind. Es sind nicht mehr die Krankenschwestern, die mit den PatientInnen reden sollen, sondern diejenigen, die das Essen verteilen. Unter dem Schlagwort der Professionalisierung wird das gesamte Pflegepersonal angewiesen, Aufzeichnungen zu machen, für welche Arbeit man wie viele Minuten braucht. Der Informationsaufwand nimmt dabei immer mehr zu. Das weibliche Arbeitsvermögen wird aufgeschlüsselt. Jener Teil, von dem Männer immer schon gedacht haben, er sei produktionsähnliches Tun und eine besondere Leistung, weil er von Ärzten und Technikern ausgeführt wird, wird professionalisiert und besser bezahlt. Die Beziehungsarbeit hingegen, die dem psychotherapeutischen Bereich zuzuordnen wäre, wird entweder entprofessionalisiert oder sehr teuer verrechnet. Die Arbeitsteilung wird auf eine Weise neu organisiert, wie es vor zwanzig Jahren, als die feministische Szene über Beziehungsarbeit und Arbeitsbegriff diskutiert hat, unvorstellbar gewesen ist. Den Frauen heute geht es ähnlich wie den Handwerkern zur Zeit der beginnenden Industrialisierung.

Die aktuelle Entwicklung der Globalisierung ist wesentlich ein Resultat der Krise des Industrialisierungsprojektes. Es gibt nicht mehr so viel, was wirklich rationalisiert werden könnte. Die Gentechnologie und auch die Informatik bezeichne ich als Kontrollfortschritte für die transnationalen Konzerne. Wenn man die Produktivität eines Konzernes in seiner eigenen Logik aufschlüsselt, dann gibt es auf der einen Seite den wirklich technischen Fortschritt in dem Sinne, dass der Output im Verhältnis zur aufgewendeten Arbeitszeit zunimmt und verbessert wird. Auf der anderen Seite steht der Kontrollfortschritt, der Unternehmen dazu verhilft, Märkte bes-

ser kontrollieren zu können. Dies wird durch ökonomische oder technische Monopolstellungen bewerkstelligt oder – was ein wesentlicher Aspekt der Globalisierung ist – dadurch, dass nicht rentable Bereiche ausgelagert werden. Es stellt sich daher auch die Frage nach der Analyse der verschiedenen Formen der primitiven Akkumulation während der Globalisierungsschübe der vergangenen Jahrzehnte. Es gibt eine einzige mir bekannte Studie, die aus Norwegen stammt und aufzeigt, wie sich diesbezüglich der Lebensstandard verändert, wenn Frauen zunehmend erwerbstätig sind und nicht mehr soviel unbezahlt arbeiten können, weil ihnen dazu ganz einfach die Zeit fehlt. Dabei hat sich herausgestellt, dass das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes zu 20 Prozent überschätzt ist. Was früher unbezahlt gemacht wurde, wird heute bezahlt und darum dem Bruttoinlandsprodukt zugerechnet.

Die Krise der Männer: Verlust des Ernährermonopols

Noch ein Aspekt der neueren Entwicklung ist erwähnenswert, nämlich die Männerkrise. Hervorgerufen durch den Neoliberalismus und durch die Frauenbewegung leiden Männer an einer Identitätskrise. Zum einen entsteht sie durch das Auseinanderdriften von nationaler Akkumulation und Akkumulation auf dem Weltmarkt und zum andern durch die Tatsache, dass Frauen zunehmend für die Finanzierung der Haushaltskosten aufkommen.

„Der Süden kommt zu uns“, lautet in komprimierter Form die langfristig angelegte ökonomische Prognose der Gruppe um Claudia von Werlhof und Veronika Bennholdt-Thomsen, der Bielefelderinnen. Dies trifft auch auf die These vom Auseinanderdriften nationaler Akkumulation und der Akkumulation transnationaler Konzerne zu. Für einen großen Teil der Länder im Süden ist dies bereits seit längerem Realität. Man sprach in diesem Zusammenhang von korrupten Eliten, die sich nicht um das Wohl ihres Landes scheren, sondern einfach reich und wichtig sein wollen wie die Wirtschaftseliten nordwestlicher Länder.

Der ökonomische Nationalismus in unseren Breiten war immer ein patriarchaler Nationalismus, ein Filz, bestehend aus Wirtschaftseliten und politischen Eliten. Beide fanden sich in einem behaupteten nationalen Interessen wieder, mit dem sich Männer, nicht jedoch Frauen identifizieren konnten. Die Idee von der nationalen Souveränität fungierte als Verteidigung des Hinterlandes. Politiker und Wirtschaftselite, allesamt Männer, kämpften auf dem Weltmarkt um die Interessen des eigenen Hinterlandes, der Nation eben. Diesem Hinterland wurde dieselbe Rolle wie den Hausfrauen in der patriarchalen Familie zugeordnet. Der Homo oeconomicus ist in diesem Szenario als Unternehmerrmann gedacht, der es gut meint mit seinem Unternehmen und es auf dem Markt verteidigt. Hinter ihm stehen die ArbeiterInnen und Angestellten. Daneben existiert der Ernährermann, der die Familie nach außen hin vertritt und hinter sich die Familienmitglieder weiß; ferner die nationale Regierung, die die nationalen wirtschaftlichen Interessen für das Hinterland im Auge hat. Nie waren es wirklich Frauen, die „Hinterländer“ vertreten.

Die Analyse des patriarchalen Nationalismus stammt von der US-Amerikanerin Saskia Sassen, die zu Städteentwicklung und Globalisierung arbeitet. Das große Problem für die Feministinnen besteht ihrer Meinung nach darin, dass der traditionelle Nationalstaat wie auch der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat von schwer zu verändernden, patriarchal strukturierten nationalstaatlichen Institutionen geprägt ist: nämlich von Kirche, Gewerkschaft und Parteien. Die Globalisierung bietet vor diesem Hintergrund eine Chance, da Frauen ihre Stärke aus internationalen Netzen holen. In der Tat läuft ein wesentlicher Teil der internationalen Vernetzung von Frauen über UNO-Strukturen. Auch der Weltfrauenmarsch war ein Versuch von Frauen, diese internationale Vernetzung von unten her zu organisieren. Die Internationalisierung muss von uns tatsächlich als Chance begriffen werden, um die stark patriarchal und paternalistisch geprägten nationalstaatlichen Strukturen zu unterlaufen. Und genau darin liegt auch der Grund für die Krise der Männer, auch für die der linken Männer. Kanadische Theoretikerinnen weisen darauf hin,

dass immer noch nationalstaatliche Strukturen entscheiden, was in internationalen Institutionen wie IWF, Weltbank und WTO passiert. Wir müssen uns also doch mit den nationalstaatlichen, chauvinistischen Männerstrukturen befassen, uns international vernetzen um ein gemeinsames internationales feministisches Programm zu erarbeiten, und dann zum Nationalstaat zurückkehren, um dort im Rahmen internationaler Programme und Netzwerke zu lobbyieren und neue Fragen aufzuwerfen.

Wenn hier über Identitätskrisen und über die Krise des Staates diskutiert wird, dann darf nicht vergessen werden, wen diese Krisen betreffen. Die Globalisierungskrise ist eine Krise des Nationalstaates und diese Krise ist auch eine Krise politischer Identität von Männern, ihrer Teilhabe an der nationalstaatlich organisierten politischen und ökonomischen Macht und Handlungsfähigkeit, welche für Frauen nie oder nur sehr beschränkt existiert hat. Die politische Perspektivenkrise der kritischen Männer, die Identitätskrise der politischen Männer, ist ein politisches Problem. Dies hat mit einer traditionellen Form hegemonialer Männlichkeit zu tun, die zutiefst untergraben ist. Frauen betrifft diese von der Globalisierung ausgehende Identitätskrise nicht.

Die traditionelle Kleinfamilie ist allerdings davon betroffen. Denn die Männer sind dabei, das Ernährermonopol zu verlieren. In fünf Ländern der Europäischen Union wurde eine Umfrage durchgeführt, die zeigt, dass 60 Prozent der Frauen, die als Teilzeit- und Vollzeit-erwerbstätige beschäftigt sind, mehr als die Hälfte der Haushaltsfinanzen für die Familie herbeischaffen. Männer verdienen zwar immer noch viel mehr als Frauen – in der Schweiz erhalten Frauen nur 27 Prozent des Erwerbseinkommens –, aber Frauen sind also nicht mehr ausschließlich für unbezahlte Erwerbsarbeit zuständig, sondern zunehmend auch für die Finanzierung der Betriebskosten der Haushalte. Das heißt: Männer, vor allem diejenigen, die weniger verdienen, verlieren einen Teil ihrer traditionellen Macht über Frauen. Denn wer über Geld verfügt, verfügt über die Produktionsmittel im Haushalt und damit über die Person, die unbezahlte Arbeit leistet.

Gerade der rechtskonservative Diskurs von Blocher oder Haider lässt das Bemühen zur Wiedergewinnung der traditionellen hegemonalen Männlichkeit erkennen, die sowohl durch den ökonomischen und politischen Nationalismus als auch durch eine patriarchale Familienstruktur geprägt ist. Mindestens ein Grund des Erfolgs dieser Politiker liegt darin, dass sie versuchen, eine Antwort auf die Krise der „Care Economy“ – aus der Sicht rechtskonservativer Männer – zu geben.

In der konservativen Familienpolitik und im Diskurs über Freiwilligenarbeit, taucht seit einiger Zeit plötzlich der neue Begriff von „intrinsischen Werten“ auf, den inzwischen neoklassische Ökonomen gerne gebrauchen, wenn sie von Gemeinsein und vom Sozialen reden. Diese „intrinsischen Werte“ widersprechen den ökonomischen Vorstellungen von Eigeninteressen und rationalem Handeln. Sie dürfen – so ihre ProtagonistInnen – deshalb nicht durch Geld verdorben werden, da es sich um dem Menschsein eigene Werte wie Solidarität und die Sorge um den andern handelt. Die Bedingungen, solchen Werten entsprechend zu handeln, müssen nach dieser Lesart nicht produziert werden. Es genügt, sie politisch und kulturell zu unterstützen. Diese skurrilen Selbsthilfefräume vermitteln eine inexistente Wirklichkeit, in der Menschen angeblich immer gratis das Gute bewerkstelligen. Würde man sie dafür bezahlen, gingen diese Werte verloren, heißt es. Diese Vorstellung besagt, dass Geld überhaupt nur mit dem Konzept des Homo oeconomicus verbunden werden kann. Damit nähern sich die konservativen Familienapologeten der Idee einer Art individualisiertem Kriegskommunismus des Guten an, der irgendwie in der Familie, in der freiwilligen Arbeit und im Non-Profit-Sektor praktiziert wird und neben der Wirtschaft existiert.

Ein solches Konzept müsste in der linken und alternativen Szene entlarvt und neu diskutiert werden. Im Wesentlichen sind nämlich bis jetzt alle – auch die linken – Utopien als geldlose Utopien gedacht worden. Aber wie stellen wir uns Utopien in Gesellschaften mit entwickelter Arbeitsteilung und somit im Umgang mit Geldökonomie vor?

„Care Economy“ im neoliberal-konservativen Nationalstaat

Neue internationale und nationalstaatliche Strukturen bewirken, dass die unbezahlte und die schlecht bezahlte Arbeit der „Care Economy“ weiterhin gesellschaftlich organisiert bleibt. Ein wichtiges Feld für rechtskonservative Politik stellt in diesem Bereich die Migrationspolitik dar. Heute wird die Niedriglohnarbeit in der Schweiz, zum Beispiel in Altersheimen und Spitälern, entweder von Schweizer Frauen oder von AusländerInnen mit beschränkten Aufenthaltsbewilligungen geleistet. Früher verweigerten patriarchale Ehegesetze den Frauen elementare Wirtschaftsrechte, heute tun dies die Migrationsgesetze.

Ein weiterer wichtiger Aspekt nationalstaatlicher Reorganisation der „Care Economy“ ist die Revision der Fürsorgegesetze, durch die eine existenzsichernde Sozialhilfe mit „sinnvoller“ Arbeit in Gemeinden, wie beispielsweise in ökologischen Projekten, gekoppelt wird. Zunehmend wird debattiert, dass ein existenzsicherndes Grundeinkommen mit „sozialer Arbeit“ oder „Arbeit für die Gemeinschaft“ verbunden werden soll. Eine Überlebenspauschale soll mit Arbeitsleistungen verbunden sein, obwohl ja diese Überlebenspauschale dem Menschen hilft, Betriebskosten des Haushaltes zu decken, damit er überhaupt unbezahlt im Haushalt arbeiten kann. Es werden die elementarsten Prinzipien, nämlich der am Erwerbsarbeitsmarkt bestehende Zusammenhang zwischen der Länge der Arbeitszeit und dem Einkommen verletzt. Das bedeutet nichts anderes, als dass der Staat übertragen gemeint als Ehemann auftritt und Verfügungsgewalt über die Frau bzw. die Person hat, indem sie ein minimales Einkommen, das knapp am Existenzminimum liegt, bekommt. Dafür muss sie schuften und zwar genauso lang wie die anderen, die auf den Erwerbsarbeitsmärkten arbeiten. Das bedeutet nichts anderes als eine Hausfrauisierung, eine staatlich verordnete Leibeigenschaft während der regulären Arbeitszeit.

Diese Vision erinnert mich an Afrika, wo ich lange Zeit in Mozambique gearbeitet und geforscht habe. Zur Zeit des Kolonia-

lismus wurden die nicht in der Geldökonomie tätigen Menschen mittels Einhebung einer Geldsteuer pro Hütte zur Erwerbsarbeit gezwungen, um diese bezahlen zu können. Wer die Steuern nicht bezahlen konnte, musste eine Person aus der Hütte – meistens einen Mann – zur Zwangsarbeit an die Kolonialherren abliefern. Zu Gefangenenlöhnen auf Plantagen oder im Straßenbau bzw. zu ein wenig höheren Löhnen in der Bergbauwirtschaft in Südafrika musste dann gearbeitet werden, bis die Hüttensteuern bezahlt werden konnten. Bei uns im „entwickelten Europa“ wird in Zukunft ein Teil solcher Zwangsarbeitskräfte nicht mehr für den Straßenbau eingesetzt werden, sondern für die „Care Economy“. Das wird dann geschönt als sinnvolle Arbeit gepriesen, ist aber eine Art Bürgerlohn kombiniert mit Zwangsarbeit. Zu dieser Tendenz gehört auch das Outsourcing von Staatsdienstleistungen in die Zivilgesellschaft.

Dieselbe Absicht steckt hinter den „Work for Food-Programmen“. Die Weltbank macht dabei Programme für periphere Weltgegenden, in denen Menschen hungern. Wiederum sind es die Frauen, die für die Weltbank Hausfrau spielen. In einem Fallbeispiel aus Peru erhalten Frauen dafür, dass sie gratis in Armenvierteln kochen und dort Nahrungsmittel verteilen, die notwendigen Rohstoffe und Finanzen diesmal also nicht vom Ehemann, sondern von der Weltbank. Diese Frauen verlangen nun, dass ihre Arbeit bezahlt wird. In dem Moment, in dem die gleiche Arbeit außerhalb der Familie geleistet wird, stellt sich interessanterweise die Frage der Bezahlung.

Abschließend noch ein Hinweis auf die zur Zeit allerorts debattierten Menschenrechte. Alle Debatten über Freiheit und Demokratie wurden von den Frauenbewegungen aufgenommen und auf ihre heutigen Lebensverhältnisse ausgedehnt. Eine Makroökonomie-debatte unter Frauen geht primär von der Frage aus, wie Wirtschaftspolitik aussehen muss, damit die ökonomischen Bedingungen der Menschenrechte für alle – insbesondere auch für Frauen – gewährleistet sind. Jede feministische Ökonomie geht von der Idee von Antidiskriminierung, von Freiheitsrechten der Frauen, aber auch von Wohlfahrt, von hohem Lebensstandard und von der täglichen Or-

ganisation des Lebens aus, denn dafür sind Frauen ja vorwiegend zuständig.

Das neoliberale Modell des Regierens und der Wirtschaftspolitik, wie von Michel Foucault beschrieben, geht von anderen sehr abstrakten Kriterien aus, nämlich von der ökonomischen Rationalität, von einem abstrakten Optimierungsprinzip, das letztlich autoritäre Entscheide der Weltmarktelite legitimieren soll. Die Entwicklung der Finanzmärkte, die riesigen Geldströme ermöglichen eine neue Form der Kontrolle und des Regierens, nämlich die Strukturierung durch Geldflüsse. Dazu ein wunderschönes Zitat aus einem Nachruf für einen Banker aus der „Neuen Zürcher Zeitung“: „Doch Banken allein galt Müllers Interesse bei weitem nicht, sie waren für ihn vielmehr ein lieb gewonnenes und effizientes Vehikel seines Wunsches, Strukturen zu verändern und kreativ zu sein.“ Die Entscheidungsmacht über Geldströme inkludiert eben auch, Macht zu haben, um die Welt zu strukturieren. Wenn wir uns über den Finanzsektor und dessen Demokratisierung den Kopf zerbrechen, müssen wir diese Möglichkeit, die Finanzen zu benutzen, um die Welt zu strukturieren und neue Werte zu produzieren, mitbedenken. Es braucht die Betrachtung aus feministischer Sicht: Wie führen wir Frauen heute eine Freiheitsdebatte, eine Gerechtigkeitsdebatte, eine Gleichheitsdebatte, eine Solidaritätsdebatte? Diese Debatte kann nicht mehr dieselbe sein, wie in der Sozialdemokratie der 50er und 60er Jahre.

In diesem Zusammenhang möchte ich zum Schluss ein bemerkenswertes Projekt erwähnen: In Schweden führte der Gewerkschaftsbund drei Jahre lang eine öffentliche Debatte über das Thema „Gerechtigkeit heute unter uns“. Vorschrift war, dass niemand von dieser Debatte ausgeschlossen werden durfte. Drei Jahre lang wurde in Hunderten von kleinen Gruppen diskutiert, insgesamt haben sich rund 30.000 Menschen zu Wort gemeldet. Berichte über die Diskussionen wurden periodisch veröffentlicht. Fachleute wurden aufgefordert, die Diskussion zu kommentieren und Daten zur Verfügung zu stellen. In Schweden wurde zumindest in Ansätzen erkannt, dass die Frage der Gerechtigkeit bzw. die Frage der Men-

schenrechte nicht ExpertInnen überlassen werden darf, sondern Angelegenheit von möglichst vielen Personen sein muss. Ich halte das für die einzige Hegemonialpolitik, die wir betreiben können. Um in der Analyse weiter zu kommen, müssen wir neben der Ökologiedebatte die Auseinandersetzung um die „Care Economy“ in das Zentrum stellen. Ohne diesbezügliche internationale Debatten können wir keine nationalen Debatten mehr führen und ohne eine feministische kann es keine neue linke und ökologische Debatte geben.

AutorInnen

Elmar Altvater ist Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und Redaktionsmitglied der PROKLA. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Frage der kapitalistischen Entwicklung, zur Staatskrise, zur Entwicklungspolitik und Schuldenkrise sowie zum Zusammenhang von Ökonomie und Ökologie.

Johan Galtung gilt weltweit als führender Vertreter der kritischen Soziologie, insbesondere der Friedens- und Konfliktforschung. 1959 gründete er das erste europäische Friedensinstitut in Oslo, 1987 wurde er mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet. Er ist Direktor des internationalen TRANSCEND-Netzwerks für Frieden und Entwicklung und Begründer der TRANSCEND-Methode, einer neuen Methode für Konfliktlösung und Mediation. Er lehrt an Universitäten rund um den Globus.

Mascha Madörin ist Publizistin und Ökonomin mit den Themenschwerpunkten Wirtschaftspolitik aus Frauensicht, Geldökonomie und internationale Ökonomie. Sie arbeitete jahrelang bei der Aktion „Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt“.

Birgit Mahnkopf ist Professorin für Europäische Gesellschaftspolitik an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin. Redaktions- und Herausgeberintätigkeit bei sozialwissenschaftlichen Zeitschriften (PROKLA, Zeitschrift für Soziologie, Industrielle Beziehungen, European Journal of Industrial Relations, New Political Science, VDW-Info). Sie ist Mitglied der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung und der Grundwertekommission der SPD. Ihre Forschungsgebiete umfassen ökonomische, soziale und politische Aspekte der Globalisierung, Arbeits- und Organisationssoziologie und Industrielle Beziehungen, Perspektiven transnationaler Demokratie sowie Bildungsökonomie- und politik.